

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.
 Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands
 sowie der
 Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Welschbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
 Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
 bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.
 Redaktion und Expedition:
 Hamburg, St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereits-Anzeigen
 für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.
 Zeitungs-Preisliste Nr. 3202.

Inhalt: Zum Parteitage der deutschen Sozialdemokratie.
 — Baugewerksmeister und Wohnungsfrage. — Gerechter Lohn.
 — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mahnungen, Versammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterklub, Submissionen u. Aus der Schweiz. — Aus Unternehmertum. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschlebens. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentralkrankenkasse. — Anzeigen.

Zum Parteitage der deutschen Sozialdemokratie.

Am 14. September tritt in München der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie — der dreizehnte seit dem Erlasse des Sozialistengesetzes — zusammen. Der ihm vorzulegende Bericht des Parteivorstandes sowie der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind bereits veröffentlicht worden.

In dem ersten wird ein anschauliches Bild über die Tätigkeit der Partei im abgelaufenen Parteijahre, über die politische Lage, die Praktiken der Behörden gegenüber politischen und gewerkschaftlichen Organisationen u. d. d. gegeben.

Der von der Partei in's Wert gesetzte **Millionenprotest** gegen den sozialpolitischen Wucher- und Jungertarif ist 3481748 Unterschriften enthaltend, 15 Zentner schwer, dem Reichstagsbureau überliefert worden. Der Bericht bemerkt dazu:

„Noch nie, seit Bestehen des Reichstages, ist demselben eine Massenpetition mit so zahlreichen Unterschriften zugegangen. Neben dieser gewaltigen Tätigkeit im Kampf gegen die Wucherpolitik wurde aber die propagandistische Arbeit auf anderen Gebieten keineswegs zurückgestellt. Besonders energisch beteiligten sich unsere Genossen im verschiedenen Winter an der von den gewerkschaftlichen Organisationen vorgenommenen **Arbeitslosenaktion** und behandelten so an einem praktischen Beispiel die Solidarität der politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Der mit der Arbeitslosenaktion verfolgte Zweck, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Uebelstand zu lenken und Staat und Kommune zu veranlassen, durch Verrücktheit von Mitteln die Beschäftigung der Arbeitslosen zu ermöglichen und so großen Elend und Hilflosigkeit zu steuern, fand auch nachdrücklichste Unterstützung seitens unserer Parteimitglieder im Reichstage und in den einzelnen Landtagen und in den Kommunalvertretungen.“

Es wird ausgeführt, daß wiederum die Polizei im Königreich Sachsen sich durch kleinliche Schikanen gegen die Arbeiterbewegung — Versammlungs-Verbot und Auflösung aus den nichtigen Gründen, Saalabtreiberei u. d. d. — hervorgetan hat. Verbote wurden u. A. eine Arbeiterversammlung, in welcher über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses gesprochen werden sollte, beschuldigt, weil die Behörden über diese Verhandlungen nicht informiert seien.

Auf diesen Kongress wird im Bericht als auf einen „hochbedeutenden Vorgang in den Reihen der Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft“ hingewiesen. Dazu heißt es:

„Der Kongress war zahlreicher besucht als alle seine Vorgänger, und welche Bedeutung die gewerkschaftliche Bewegung trotz aller Verfolgungen durch Behörden und Unternehmern in Deutschland erlangt hat, dafür zeugt wohl in glänzender Weise die Tatsache, die die Verhandlungen des Kongresses in der gesamten deutschen Presse gefunden haben. In wie hohem Ansehen die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei den Arbeitern des Auslandes steht, das zeigen die Delegationen, die aus fast allen europäischen Ländern zu den Verhandlungen entsandt waren. Als ein Zeichen der Zeit darf es wohl auch registriert werden, daß — zum ersten Male in Deutschland — das Reichstags- und das Innere- und das Königlich-Preussische des Innern von Bütteln-

berg sich auf diesem Kongresse Klassenbewußter Arbeiter durch höhere Beamte vertreten ließen.

Die Verhandlungen des Kongresses waren in allen Stadien von Sachkenntnis und tiefem Ernst getragen, zugleich aber brachten sie auf's Neue den vollen Beweis, daß unter den Klassenbewußten deutschen Arbeitern vollständige Einigkeit herrscht. Die Forderungen auf eine Spaltung zwischen den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern sind elend u. Schanden geworden, darüber haben die Verhandlungen in Stuttgart auch keine Spur von Zweifel mehr übrig gelassen.

Dieser geschlossenen Einigkeit gegenüber ist es von doppeltem Interesse, die Kämpfe in den sogenannten christlichen Gewerkschaften zu beobachten, die wohl als ein sicheres Anzeichen dafür gelten können, daß solche Kreise dieser Arbeiterkategorie es fast haben, sich fernerhin als willkürliches Schiedsgericht für kirchliche und Unternehmertum-Interessen mißbrauchen zu lassen.

Das Fazit aller stattgehabten Nach- und Ersatzwahlen zum Reichstage wird dahin gezogen, daß unsere Partei fast überall im Fortschreiten begriffen, ihren Bestand behauptet und neues Terrain gewonnen hat. Alle unsere Erfolge haben wir aus eigener Kraft und ohne fremde Hilfe erreicht.“

Auch auf dem Gebiete der Gemeinbewahlen sind viele Erfolge zu verzeichnen. Bei den Gewerbergerichtswahlen haben auch im letzten Jahre die von den freien Gewerkschaften resp. den Gewerkschaftskartellen aufgestellten Kandidatenlisten meistens den Sieg davon getragen. An vielen Orten werden gegnerische Kandidaten garnicht mehr aufgestellt.

Betreffend die Kaiserwahl sagt der Bericht:

„Die Feier des ersten Mal hat auch in diesem Jahre in umfangreichster Weise und in würdevollster Weise stattgefunden. Das Unternehmertum hat vielfach die Gelegenheit wahrzunehmen und die Arbeiter, die am 1. Mai nicht zur Arbeit erschienen waren, für den Rest der Woche von der Arbeit überaus ausgeglichen. Der schlechte Geschäftsgang ließ dem Unternehmertum dieses Ausnahmismittel sehr angebracht erscheinen. Man traf damit zwei Fliegen auf einen Schlag. Man ersparte sich ein paar Tage der Woche für die Arbeiter und konnte zugleich die ordnungsparteiell Einstellung in's geordnete Licht stellen. Die Arbeiter haben für dieses billige Vergnügen den nötigen Humor gehabt und aus den Gewerkschaftskreisen den Gemächtesten Erfolg geleitet. Alles in Allem war die Wahl der Besten nicht von besonderer Bedeutung.“

Die sozialistische Presse Deutschlands umfaßte am 1. Juli 1902 neben dem Zentralorgan „Vorwärts“ und der wissenschaftlichen Wochenschrift „Neue Zeit“:

54 täglich	1 mal	erscheinende Zeitungen
10 wöchentlich	8 mal	„
4 „	2 mal	„
7 „	1 mal	„
1 monatlich	2 mal	„
2 „	1 mal	„

außerdem 2 alle 14 Tage erscheinende Wochblätter und 2 wöchentlich herauskommende illustrierte Unterhaltungsblätter, sowie die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Zur Gewerkschaftspresse zählen:

1 wöchentlich	8 mal	erscheinende Zeitung
82 „	1 mal	„
2 monatlich	8 mal	„
21 „	2 mal	„
11 „	1 mal	„

Dem Klassenbericht entnehmen wir folgende Angabe: Die Gesamteinnahmen des Berichtsjahres übersteigen die des Vorjahres in runder Summe um M. 20 000, während die als die eigentlichen Parteibeiträge zu betrachtenden allgemeinen Einnahmen mit rund M. 600 hinter den Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben sind. Die immer noch anwachsende wirtschaftliche Krise hat besonders während des Winterhalbjahres sehr ungünstig auf die Klassenverhältnisse eingewirkt. Die Einnahmen belaufen sich insgesamt auf M. 338 408, die Ausgabe auf M. 332 372, darunter M. 42 632. Unterstützung für die Parteipresse, M. 69 498 für allgemeine und M. 18 393 für Wahl-agitation, M. 5852 Prozeß- und Gefängnis-

kosten, M. 20 045 Reichstagskosten, M. 16 895 Gehälter und Verwaltungskosten u. d. d. Also etwa nur der zwanzigste Teil aller Ausgaben entfällt auf Gehälter und Verwaltungskosten. Das ist die „Reisensumme“, von welcher die Führer der Sozialdemokraten „prassen“, wie schamlose Niedertracht gewisser Gegner klug. Die Verwaltungen des „Bundes der Landwirthe“ und des „Zentralverbandes der Industriellen“ thun es nicht so billig.

Das Strafregister weist aus, daß es mehr als 50 Jahre sind, was an Gefängnis- und Zuchthausstrafen im letzten Jahre von deutschen Gerichten in Strafprozessen erkannt ist, die sich aus der Arbeiterbewegung herleiten. Ein erheblicher Bruchteil dieser Freiheitsstrafen — besonders auf die drei Jahre Zuchthaus — ist erkannt worden gelegentlich der großen Prozesse wegen Landfriedensbruch, die aus tumultuarischen Vorgängen gelegentlich der großen Streiks in Kolberg (Maurer) und Gommern (Steinbrucharbeiter) sich abspielten. Auch die neueste Erfindung auf dem Gebiete der Rechtspflege, die Verurteilung freilebender Arbeiter wegen „Erpressung“, hat zu den 50 Jahren manches Opfer geliefert. Untersuchungs-haft ist nicht mit eingerechnet. Es kommen hierzu M. 17669 Geldstrafen.

Auch diese Opfer des Klassenkampfes werden ihre Sühne finden!

Schließlich weist der Bericht auf die im nächsten Jahre stattfindenden Reichstags-Neuwahlen hin und bemerkt:

„Unsere Partei, die bisher den Vorkampf gegen den Polkwucher geführt hat, wird bei den nächsten Wahlen den schwersten Kampf nach allen Seiten zu bestehen haben. Von gegnerischer Seite werden die kräftigsten Anstrengungen gemacht, um wieder ein Wahlkartell der Ordnungsparteien zu Stande zu bringen.“ Wie gelegentlich der Reichstagswahlen im Jahre 1897.

Um in diesem Kampfe siegreich zu bestehen, müssen unsere Genossen mit verdoppelter Eifer und aller Energie an die Vorbereitungen des Wahlkampfes gehen. Vor allem gilt es, die Organisation auszubauen, dann aber auch für materielle Mittel zum Wahlkampf zu sorgen.“

Aus dem erspöcklichsten Bericht über die parlamentarische Tätigkeit entnehmen wir das, was für die Gewerkschaftsmitglieder besonderes Interesse hat:

„Mein Kapitel: **Rechtsversicherungskampf** über unsere Fraktion durch ihre Redner eine geharnischte Kritik an den Unfall-Versicherungsgesellschaften und an den Betriebsunfällen. Unsere Redner griffen die Versicherungsgesellschaften heftig an, die ihren Ehrenvorsitzenden und Vorsitzenden sowie Präsidentsgehalt bezahlten. M. 10 000 Jahresgehalt, freie Dienstwohnung, Garten, Heizung und Beleuchtung, M. 3000, 4000 und 5000 Jahresgehalt sind keine Seltenheiten. Im Gegensatz hierzu beziehen die Unterbeamten: bescheidene Gehälter, und die Entschädigungen, welche den Arbeitern für erlittene Unfälle zuerkannt wurden, sind kein Ersatz für die Einbuße an Arbeitskraft.“

Die Statistik der Unfälle spricht ganze Bände von dem Elend der Arbeiterklasse, dem Mitleid, welches der Arbeiter im Produktionsprozeß ausgeht ist. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Toten und Schwerverwundeten auf dem Schlachtfelde der Industrie gewachsen. Die täglichen Unfälle betragen im Jahre 1890: 6889, 1897: 7387, 1898: 7848, 1899: 7993, 1900: 8449. Die Zahl der Verwundeten betrug 1898: 85 272, 1897: 91 171, 1898: 98 774, 1899: 104 811, 1900: 106 447. Im Durchschnitt der Jahre 1898 bis 1899 entfielen auf den einzelnen Arbeiter pro Tag 1,2 J. 1900 sogar nur 1,07 J. Entschädigungen.

Auf die Feststellungen und die Kritik unserer Redner antworteten die im Reichstage sitzenden Vertreter des Unternehmertums zwar mit heftigen Angriffen auf unsere Partei, konnten jedoch die angeführten Tatsachen nicht entkräften. Sie reden eine zu einseitige Sprache und zeigen, wie notwendig es ist, das einzige Eigentum des Proletariats, seine Arbeitskraft, besser zu schützen vor dem Wucher, den das Unternehmertum mit ihm treibt.

Die wichtigste unter allen in dieser Tagung eingebrachten Interpellationen war wohl diejenige unserer Fraktion über die Arbeitslosigkeit und den durch die Krise hervorgerufenen Notstand. Die fünfjährige Prosperitätsperiode seit 1895 hatte 1900 in einem schrecklichen Zusammenbruch ihre Erde gefunden, der jegliche davon ablegte, wie ungesund und schwindelhaft der ganze Aufschwung gewesen war.

Der Bericht schildert Ursachen, Umfang und Verlauf der Krise, wie sie auch des Ofteren gelhan haben. Dann heißt es weiter:

Der Hauptanstoß kam, als der englisch-südafrikanische Krieg den Weltmarkt zu lähmen begann und der Ausbruch der chinesischen Wirren zeigte, wohin die Weltpolitik führte. Ein panischer Schrecken ergriß die Kapitalisten und führte zu der Krise auf dem Markt der Hypothekendarlehen und dem Markt der industriellen Erzeugnisse. Gleichzeitig fielen die ganze Produktion und massenhaft wurden an jedem Sonntag die Proleten von den Unternehmern auf das Pflaster gesetzt.

Auf solche Weise wurde eine Arbeitslosigkeit erzeugt, die im vergangenen Winter Hunderttausende von Arbeitern in Mitleidenschaft zog. Aber die Reichsregierung, die dem vollen Ardein in der Prosperitätsperiode ruhig zugehört hatte, hat auch jetzt nichts, um dem namenlosen Elend der Massen zu steuern. Wir brauchen deshalb im Januar eine Interpellation ein, welche die Regierung befragt, welche Maßnahmen gegen den Herrschenden Hunger zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krise, die sich in Betriebsstillschließungen, Lohnkürzungen und schließlich in Arbeitslosenmassen bemerkbar machen, zu begegnen, und dem dadurch hervorgerufenen Notstande weiter Volksschichten entgegen zu wirken.

Der Redner, welcher die Interpellation begründete, entwarf ein Bild der grauenhaften Zustände, die durch die Arbeitslosigkeit erzeugt worden waren. Er beschränkte sich jedoch nicht hierauf, sondern schlug auch Maßnahmen vor, durch welche der Arbeitslosigkeit jetzt und später entgegengetreten werden könne. Solche Maßnahmen sind: der achtstündige Maximalarbeitszeit mit Vergütung bis auf acht Stunden, die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes, die Ausdehnung der Arbeiterbeschäftigung, die Einführung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung, die Einführung von Arbeitslosen, die die Kosten der Arbeitslosenversicherung übernehmen, um nicht die Arbeitslosenarmen noch zu vermehren, um mehr Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Die Regierung und die herrschenden Parteien verzichteten jedoch von vornherein darauf, unsere Vorschläge überhaupt einzeln zu diskutieren. Die Regierung hatte durch die Bundesstaaten und die Polizeibehörden eine Erhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit vornehmen lassen und auf Grund der ihm zu Teil gewordenen Antworten bestritt der Staatssekretär Sozialismus nur das Vorhandensein eines außerordentlichen Notstandes. Er erklärte weiter, daß seitens der beteiligten Minister bereits Alles geschehe, der Verzögerung der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, daß aber das Reich keine Rücksorge für die Arbeitslosen auszuüben brauche; es sei dies vielmehr Sache der Einzelstaaten und der Kommunen. Nach nicht einmal zu einer Arbeitslosenabklärung war die Regierung geneigt, der Staatssekretär erklärte sie für die schwierigste Aufgabe, die überhaupt existiere. Im Uebrigen sah er die Lösung der Arbeitslosenfrage in einem Zurückführen der Arbeiter in die Hungergeile, Anstellung der Arbeiter auf dem platten Lande und Vermehrung des Aufwandes der Bevölkerung nach den Industriezentren.

Die herrschenden Parteien machten sich die Erwiderung auf unsere Interpellation noch leichter. Das Zentrum hatte für die Arbeitslosen viel salbungsvolle Worte, aber eine energische Initiative zu ergreifen, fiel ihm garnicht ein. Was die Freikinnigen anführten, war mehr ein Lamento über die den kleinen Kapitalisten in der Krise verloren gegangenen Gelder, als ein Wort der Fürsorge für die Arbeitslosen. Während die Nichtschen Freikinnigen stimmten dem Staatssekretär darin zu, daß das Reich nichts gegen die Arbeitslosigkeit thun könne, die Nationalliberalen ließen zwar durch ihren ersten Redner ein paar bezeichnende Worte über die Rolle der Arbeitslosen sagen, verfielen aber hernach dem weislichen Vergewaltiger Hilde das Wort, der den Kostenwucher und die Preisvermehrungspolitik der Einzelstaaten auf die Händler abwälzte, der Sozialpolitik übernahm ein begeistertes Loblied sang und schließlich gegen die Arbeitslosigkeit den Mittelstand anempfahl, der beklammert noch in weiter Ferne steht. Graf Kautz, als Redner der Junter, zog einen Unterschied zwischen Arbeitslosen und Arbeitslosen und ein anderer Junterredner feierte als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit den — Holzkreis, der die Produktionsverhältnisse der Arbeitgeber besser schütze.

Eine weitere eingebrachte Interpellation betraf den Verzicht der Preussischen Polizeibehörde, das Preussische Arbeitersekretariat als Gewerbebetrieb zur Anmeldung zu zwingen. Die sozialdemokratische Fraktion sah in dem Vorgehen der Preussischen Polizeibehörde gegen den Arbeitersekretär, Genossen Dr. Winter in Preußen, der mit Geldstrafen belegt worden war, um ihn zur Anmeldung des Arbeitersekretariats als Gewerbebetrieb zu zwingen, einen Verstoß gegen den klaren Wortlaut der Gewerbeordnung. Der Vorschlag erschien von prinzipieller Bedeutung, weil das Preussische Beispiel leicht auf die von den Arbeitern begründeten Sekretariate in anderen Orten von schlimmen Folgen hätte sein können. Der Staatssekretär Sozialismus gab darauf die Erklärung ab, daß er nach den Vorgängen in Preußen sich sofort an den preussischen Justizminister gewandt habe. Dieser habe die Preussische Anlagensbehörde angewiesen, von einer Strafverfolgung abzusehen. Der Justizminister habe weiter unter dem 15. Januar 1902 an sämtliche Staatsanwälte eine Anweisung dahin erlassen, daß die von den Gewerkschaften errichteten Arbeitersekretariate nicht als Gewerbebetriebe anzusehen sind und daher nicht dem § 35 der Gewerbeordnung unterliegen.

Nach dieser befriedigenden Erklärung konnte von einer weiteren Besprechung der Interpellation Abstand genommen werden.

Auf der Tagesordnung des Parteitages stehen u. A. zwei Punkte von großer Bedeutung sowohl für die politische wie für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung: die Arbeiterversicherung und die Kommunalpolitik.

Bei ersterem Punkte dürfte besonders die Frage der Arbeitslosenversicherung eine wichtige Rolle spielen. Der Referent zu diesem Punkt, Mollenhuth, hat in zwei Artikeln der „Neuen Zeit“ denselben Standpunkt vertreten, den auch wir seit Jahren eingenommen haben, daß nicht die gewerkschaftliche, sondern die reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung anzukurbeln ist. Die Gründe haben wir öfter auseinandergelegt. Gegen diesen Vorschlag hat sich in geradezu unqualifizierbarer Weise ein Artikel des „Vorwärts“ gewendet (Nr. 184). Der Vorschlag wird verhöhnt als „Mittelmittel sozialer Friedensapotheke“. Die öffentliche Armenpflege soll sich der Arbeitslosen annehmen; die sozialdemokratische Partei habe „nicht den geringsten Grund“, für eine öffentliche Arbeitslosenversicherung einzutreten!!!

Wir waren einigermassen erstaunt darüber, daß der „Vorwärts“ solch unsinnigen Ausfährungen Raum gewährt hat. Das ist keine Kritik eines wichtigen Vorschlages mehr, das ist ein verständnißloses Mangeln in vermeintlich radikalem Geiste. Rühmlich behauptet der Verfasser, daß die Partei mit diesem Vorschlag sich zu den Wünschen der gewerkschaftlichen Organisations in Gegensatz stellen würde!!! Der Verfasser scheint also nicht zu wissen, daß bedeutende gewerkschaftliche Organisationen, auch der Zentralverband der Maurer, dem Vorschlag durchaus nicht oppositionell gegenüberstehen. Seine Ansicht, daß die öffentliche Arbeitslosenversicherung der gewerkschaftlichen Organisation „hinderlich“ sein würde, ist geradezu absurd. Nichts ist für Sozialdemokraten selbstverständlicher, als daß diese Versicherung keine bürokratische Organisation erhalte, nicht ein Werkzeug der reaktionären Staatsallmacht sein soll. Nein, gerade die Gewerkschaften sollen an ihrer Verwaltung und Ausföhrung mitbeteiligt werden; sie würde einen neuen Zweig der gewerkschaftlichen Organisation abgeben und so zu deren gesunder Entwicklung erheblich beitragen, zumal sie im engsten Zusammenhange mit der Frage des Arbeitsnachweises steht, die ohne gebührende Rücksichtnahme auf die gewerkschaftliche Organisation in zweckentsprechender Weise garnicht zu entscheiden ist.

Ueber diese Erwägungen kommt man mit vermeintlich radikalen Redensarten, wie sie der Verfasser des „Vorwärts“-Artikels gebraucht, denn doch nicht hinweg. Ihm freilich scheinen diese Erwägungen, die schon wer weiß wo oft in der gewerkschaftlichen und in der Parteipresse angestellt worden sind, völlig unbekannt zu sein, wie er denn überhaupt in der ganzen Frage eine erstaunliche radikale Oberflächlichkeit befindet.

Was, den anderen Punkt „Kommunalpolitik“ anbetrifft, so ist dringend geboten, daß der Parteitag dazu entscheidende Stellung nimmt. Die Sozialdemokratie muß im engsten Bunde mit der gewerkschaftlichen Organisation darauf hinwirken, daß eine gesunde, den sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinde entsprechende Kommunalpolitik in's Werk gesetzt wird. Die gewerkschaftliche organisierte Arbeiterkraft, speziell die des Baugewerbes, hat ein sehr erhebliches Interesse daran, so besonders rücksichtlich des Submissionswesens; des Regiebaues; des Wohnungswesens; der Verpflichtung von Unternehmern, welche öffentliche Arbeiten auszuführen haben, zur Zahlung anständiger Löhne und Gewährung befriedigender Arbeitsbedingungen; der Bautenkontrolle; des gewerblichen Fortbildungsschulwesens; des Verkehrswezens usw. Auch darüber haben wir uns schon öfter geäußert. Wir hoffen zuversichtlich, daß der Parteitag in dieser wichtigen Frage zu einer befriedigenden Kundgebung gelangt. Ein Stück Theilarbeit hat ja schon der vorjährige Parteitag geleistet mit Annahme einer die Wohnungsfrage betreffenden Resolution. Uns erscheint geboten, einen entsprechenden Passus, der selbstverständlich nur allgemein gehalten sein könnte, in das Parteiprogramm aufzunehmen.

Baugewerkszünftler und Wohnungsfrage.

Würgerliche Wälder berichten, daß der geschäftsführende Ausschuss des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister an die Staats- und Gemeinbehörden eine Eingabe gerichtet hat, die mit folgenden Sätzen schließt:

1. Das Bestehen einer allgemeinen Wohnungsnot kann zur Zeit nicht anerkannt werden; die

Arbeitslöhne sind gegenwärtig so hoch, daß jeder solide Arbeiter sich eine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung beschaffen kann.

2. Die Steigerung der Miethpreise für Wohnungen ist hervorgerufen durch die erhöhten Arbeitslöhne, durch die Minderleistung der Arbeiter, wie sie sich vielfach bemerkbar macht, durch gesteigerte hygienische Anforderungen an die Wohnungen, durch häufig zu weit gehende einschränkende Bestimmungen der Bauordnungen, durch die Spekulation der Banken und Zerraingesellschaften, durch Vaupekulationen und durch Einschränkung der Rechte der Vermieter und besonders in den größeren Städten durch den übermäßig hohen Preis der Baustellen. Es ist ein Unbnd, wenn für die möglich große Baustelle, zum Teil noch auf freiem Felde gelegen, der gleiche Preis wie für das darauf zu errichtende Bauewerk gezahlt werden muß.

3. Es entspricht nicht der Gerechtigkeit, daß Staat oder Stadt aus öffentlichen Mitteln, also aus Kosten aller Steuerzahler, die Baugewerkschaften, Bauhandwerk, Attinggesellschaften u. unterstügt durch Erhebung von Baustand zum Eigentum oder im Erbbaurecht, durch Gewährung von billigen Baugeldern oder durch Uebernahme von hohen Hypotheken unter dem orkschaftlichen Jnßuß sowie durch Zinsgarantie. Sol Gerechtigkeit in solchen Maßnahmen bestehen, dann müssen alle Bauunternehmer, welche öffentlich aufgestellten Bedingungen entsprechende Wohnhäuser herstellen, die gleichen Vergütungen erhalten.

4. Es ist unzulässig, daß aus öffentlichen Mitteln bezahlte Beamte unentgeltliche Arbeiten für gemeinnützige Baugewerkschaften und ähnliche Unternehmungen leisten. Durch solche Eingriffe in die freie Konkurrenz wird die Privatbaugewerkschaften schmäler, der bauseitige Miethstand geschädigt und eher eine Wohnungsnot hervorgerufen, als eine solche vorgebeugt.

5. Es wird empfohlen, überall da, wo sich ein allgemeiner Wohnungsangel zeigt, sachverständige Ausschüsse zu bilden, um die bauseitigen Verhältnisse zu prüfen und Hilfsmittel vorzuschlagen. Eine gründliche Abklärung, bevorzugen wir uns aber nur dann, wenn es gelingt, dem Baustellensucher Einheit zu thun.

Diese Eingabe deutet sich Wort für Wort mit dem Inhalt einer Resolution, welche der Delegiertentag deutscher Baugewerksmeister zu München im September v. J. angenommen hat. Wir haben diese Resolution in der Nr. 41, Jahrgang 1901, unseres Blattes mitgeteilt und in den Nummern 42 und 43 einer eingehenden Kritik unterzogen. Es erscheint uns geboten, einige Hauptpunkte dieser Kritik hier in knapper Zusammenfassung zu wiederholen.

Die Art und Weise, wie die Baugewerkszünftler sich mit der Wohnungsfrage abfinden, berechtigt zu dem Urtheil, daß sie weder befähigt noch gewillt sind, den öffentlichen Zuständen Rechnung zu tragen und sich zu den Grundbedürfnissen und Forderungen zu bekennen, von deren Erfüllung die Lösung der Wohnungsfrage abhängig ist. Mehr noch: sie wollen diese Lösung überhaupt nicht. Wir verlässlicher Redheit leugnen sie das Bestehen einer Wohnungsnot, sowie die Thatsache, daß sehr viele Wohnungen — bis Wohnungen für die sogenannten kleinen Leute zumeist — gesundheitschädlich sind. Indem die Baugewerkszünftler diese Thatsache nicht gelten lassen wollen, stellen sie in den Augen der Wissenden und Vernünftigen sich das Zeugnis aus, daß sie, die als „oberste Autoritäten im Bauewesen“ gelten wollen, absolut unfähig sind, in einer der wichtigsten Fragen des Bauewesens, der der Bau- und Wohnungs-hygiene, mitzuversprechen.

Soll Joghreissen haben hervorragende Männer der Wissenschaft den unmittelbaren Nachweis geführt, daß ungesundes Bauen — als unüberwindliche Konsequenz des Bodens- und Häuserwuchers, der Spekulation, des Baustandwuchers — die Regel ist, und zwar insbesondere da, wo es sich um die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der arbeitenden Klasse handelt. Fast durchweg sind die gesteigerten hygienischen Anforderungen, welche neue oder veränderte Bauordnungen an die Wohnungen stellen, verhältnismäßig sehr minimale, während aber völlig ungenügende. Trotzdem erklären die Baugewerkszünftler: diese „gesteigerten hygienischen Anforderungen“ seien eine der Ursachen der Steigerung der Miethpreise. Sie sammeln aber die „Härte der baupolitischen Bestimmungen“, wohlverstanden der bestehenden, völlig unzureichenden Bestimmungen. Sie, die „respektvoll“ sein wollen als die „einzigen berufenen Vertreter der Interessen des Baugewerbes“, die behaupten, daß ihre zünftlerische Organisation eine „solide und gute Bauausföhrung“ garantiren solle — sie einbilden sich nicht, den Standpunkt des gewissenlosen Bauseiters und Spekulanten zu theilen, der in jeder beschöblichen Verschönerung der Bauausföhrung einer Baustelle, in jeder hygienischen Anordnung, betreffend Luft und Licht, für die Wohnungen, Anlage der Treppenhäuser und Aborte, Ausperrung von Hofräumen u. eine Schmälerung seines Schwarzgeprofiten erblickt. Sie reden diesen gemeingefährlichen Bauseitern und Spekulanten geradezu das Wort, und zwar ohne Zweifel in der Erwägung, daß das von jenen Subjekten betriebene unsolide Bauen ihnen größere Profite abwirft, als das wirklich solide. Anders läßt sich ihre Opposition gegen bessere baupolitische Bestimmungen nicht erklären.

Damit bekennen die Baugewerkszünftler sich aus Rücksicht auf das Unternehmerrückinteresse zu dem kapitalistisch-anarchischen Grundbause, daß das Eigentum an Boden beim Bauen mißbraucht werden dürfe, und daß jede Beschränkung dieses Mißbrauchs ein ungeduldriger Eingriff in das Eigentumsrecht sei. Ja, sie gehen noch einen erheblichen Schritt weiter; sie, die sonst als geschworene Feinde der freien Konkurrenz sich gebenden und nicht genug kämpfen können über die „berühmte“ Gewerbefreiheit, werfen sich zu Vertheidigern der freien Konkurrenz im Interesse der privaten Baugewerkszünftler auf, auch gegenüber dem Bestreben von Reichs-, Staats- und Gemeinbehörden sowie von Baugewerkschaften, Wohnhäuser zu errichten. Hierfür, für die Baugewerkszünftler, baupolitisch sind sie den Schütz zünftlerischen Gewerbeorganisation; nur der Baugewerkszünftler soll Bauen ausüben dürfen. Aber unüberwindliche Freiheit, ja, ein förmliches Monopol des Baupolitikanten gegenüber. Der macht in der privaten Baugewerkszünftler, der allein unsere Baugewerkszünftler die Aufgabe zuweisen, für Wohnungen zu sorgen, etwa kein Spekulantentum sich geltend? Somit sagen diese Zünftler: der Miethstand, das Bauseit, miße gegen die „berühmten Wirkungen“ der freien

koalitionsverbote, eroberten sich die Arbeiter in jedem Kampfe allmählig das Vereinigungsrecht: zunächst in Eng-

Land, wo die kapitalistische Produktionsweise zuerst Eingang fand, dann aber auch in den Ausfuhrländern der europäischen Kontinente, wenn hier auch — entsprechend der langwierigen wirtschaftlichen Entwicklung — zeitlich später. So besaßen die französischen Arbeiter noch unter dem Kaiserreich bis zum Jahre 1804 keinerlei Koalitionsrecht; erst am 26. Mai genannten Jahres wurde es ihnen ausgedehnt. In Preußen, Hannover und sogar im damals liberal angehauchten Westfalen fanden um die Mitte des vorigen Jahrhunderts schon schwere Strafen auf etwaige Koalitionsversuche. Westfälischerseits erhielten in dem heute so ultrareaktionären Sachsen die deutschen Arbeiter zuerst das Vereinigungsrecht: am 16. Oktober 1801. Im § 102 der Reichsgewerbeordnung von 1809 wurde dieses Recht schließlich den gewerblichen Arbeitern auch des übrigen Deutschlands zuerkannt; Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter sind dieses Rechtes aber auch heute noch nicht teilhaftig geworden, auch das „Gesetz“ nicht. Zum Ueberflus folgte dem § 102 der Gewerbeordnung der § 103, der das, was jener gewährte, wieder ebendort hinwegnimmt durch die Straffbestimmung für die durch „Verzögerung“ oder „Erpressung“ erfolgende Beeinträchtigung der Arbeiter, sich den Gewerkschaften oder Streiks anzuschließen. Den § 103 der Gewerbeordnung machten aber auch die in ihrer Unschicklichkeit fortbestehenden einzelstaatlichen Vereinsgesetze illusorisch. Der Defizient geht nun auf unsere heutige Rechtsprechung näher ein, die der Polizeivollmacht, mit den Gewerkschaften und den Streiks nach Willkür zu verfahren, Thür und Thor öffnet. Er exemplifiziert hierbei auf das beliebte Verfahren gegen die Streikpolizei, wobei die Streikpolizeibeamteten zu bequeme Handhabe bieten. Und dann existiert ja noch der so sehr beliebte Unfallsparagraf und der nicht weniger in Gult stehende Aufzählungs- und Erpressungsparagraf des Strafgesetzbuches. Redner schließt indem die mit der Polizeivollmacht gemachten Erfahrungen anlässlich der Ausperrungen in Kiel und Hamburg an zahlreiche Beispiele. Nach Redners Meinung hat die Polizeivollmacht in ihrem Vernehmen gegen die Ausperrungen im Waageverhältnis Hamburg, im Sommer und Frühjahr dieses Jahres, den Gipfel der Brutalität erlangt. So etwas habe er, der immerhin schon reiche Erfahrungen auf diesem Gebiete eingeheimst, bis dahin noch nicht erlebt! Und dabei sei der Kampf in Hamburg, der auch jetzt noch nicht vollständig erledigt sei, in feindlicher Weise von dem Unternehmerhum im Waageverhältnis inszeniert worden, von dem Unternehmerhum, nicht etwa von den Arbeitern. Nach der eingehenden Schilderung der Hamburger Polizeivollmacht, die den Unwillen der Versammlung erregte, wobei sich Redner schließlich der Frage zu, wem es geschuldet, daß solche haarsträubende Verhältnisse, solche brutale Drangsalierungen seitens der öffentlichen Gewalt, wie er sie geschildert, zu Tage treten könnten, und kommt zu dem Resultat, daß die Wurzel dieser betrübenden Vorworte in der Inzulassung so großer Massen von Arbeitern stehe. Stärkung der wirtschaftlichen Organisationen, Anschießung der Arbeiter an die Sozialdemokratie sei unerlässlich, um schließlich kulturwürdige Zustände auch in Deutschland zu erreichen. Gewerkschaften und Sozialdemokratie gehörten wie Leib und Seele zusammen. Mit einem kräftigen Appell, bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Gewerkschaft der Maurer und die Sozialdemokratie eintreten, schließt Redner seinen Vortrag unter lebhaftem Beifall. In der Diskussion beantwortet der Referent eine Hamburger Maurerverhältnisse betreffende Frage aus der Versammlung heraus zur Zufriedenheit. Der Vorsitzende macht bekannt, daß zwei Bausen wegen großer, Leib und Leben der dort Arbeitenden gefährdender Verhältnisse der Polizei resp. Baypolizei demütigt worden seien. Schließlich beschließt sich die Versammlung noch mit den auf dem letzten Gewerkschaftskongress gefassten Beschlüssen des Kollegen Baepow gegen das hiesige Gewerkschaftsstatut und stellt sich in einem Beschluß auf Seite des Erstern, da die betreffenden Bemerkungen auf Wahrheit beruhen sollen. Um 12 Uhr hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

In Breslau fand am Donnerstag, den 28. August, im „Gewerkschaftshaus“ eine von leider nur 150 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung statt. Zunächst hielt Genosse Lohde, Medaileur der „Volksmacht“, einen einflussreichen Vortrag über: „Die Erfolge und der Kugeln des Arbeitersekretariats“. Unter Anderem führte er verschiedene Fälle an, in welcher durch das Sekretariat sehr große Erfolge, namentlich in Unfallsachen, erzielt worden sind. Sein Vortrag klang in dem Wunsch aus, daß sich die Maurer nun endlich dieser Institution anschließen möchten. In der darauffolgenden Diskussion sprachen sich fast alle Redner für Anschluß an das Sekretariat aus. Kollege Mosler erklärte, daß er, im Falle einer Ablehnung, nicht mehr als Kartelldelegierter weiter zu fungieren im Stande sei, da die Delegierten im Kartell von Seiten anderer Gewerkschaften stets angegriffen werden. Kollege Mosler unterbreitete der Versammlung folgenden Antrag: „Nachdem der anstehende Punkt (Anschluß der Maurer an das Sekretariat), welcher seinerzeit den Zweigverein der Maurer hinderte, sich dem Arbeitersekretariat anzuschließen, vom Gewerkschaftsstatut befreit worden ist, erklärt die heutige Mitgliederversammlung: Es ist unbedingte Pflicht des Zweigvereins, sich dem Arbeitersekretariat anzuschließen.“ Dieser Vorschlag wurde mit allen gegen fünf Stimmen angenommen. Die weitere Debatte drehte sich um die Aufbringung der Kosten. Es wurde beschlossen, für dieses Jahr noch drei Extratermermarken à 10 A für das Sekretariat zu geben; dieser Beitrag ist obligatorisch für alle Mitglieder. (Numeri des Schiffahrts). Es ist jetzt unter den Breslauer Kollegen eine furchtbare Panik im Verfallungsbesuch eingetreten; denn es gereicht einer Stadt wie Breslau gewiß nicht zur Ehre, wenn 150 Mitglieder von 1200 in einer Versammlung antworfend sind. (Also: Auf, in die Versammlungen!)

Am 28. August fand in Halle in der „Mortburg“ eine öffentliche Maurerverammlung statt, zu welcher Kollege Stanning aus Hamburg als Referent erschienen war. Er schilderte die Krisen von 1880, 1890 und jetzt, und hob hervor, daß im Jahre 1890 im Waageverhältnis dieselbe mehr zu spüren gewesen sei als jetzt. Redner ging auf die verschiedenen Streiks ein und erklärte, daß § 2 in Hamburg das Unternehmertum maßlos fremde Maurer herangezogen habe. 400 Mann seien aus Wien gekommen, von welchen allerdings 250 Mann sofort wieder abreisten. Es sei den Reuten aber nicht gesagt, daß in Hamburg Streik wäre, sondern daß die Hamburger Maurer nach Frankfurt

auswanderten und infolgedessen daselbst keine Maurer zu haben seien. Ferner hob Redner hervor, daß die Unternehmern kein Mittel gesucht hätten, um die Organisation der Maurer Deutschlands zu Grunde zu richten, was ihnen aber nicht gelungen ist und nicht gelingen wird, so lange die Maurer Deutschlands zusammenhalten wie bisher. Er schloßte noch die Ausperrung in Kiel und Rönigsberg, und gab bekannt, daß auch der hiesige Seelenverführer Thomas sein Möglichstes geleistet hätte; sogar die katholische Geistlichkeit in Oesterreich und Italien hätte ihren Gläubigen die Streikgebiete empfohlen. Ein italienischer Seelenverführer aus der Stadt Udine hat erklärt: „Noch ein paar Streiks wie der der hiesigen Maurer, dann habe ich mein Schäfchen in's Ähren.“ Man ersieht hieraus, was der Streik den hiesigen Unternehmern bedeutet hat. Auch hob Redner hervor, daß die Unternehmern aus Deutschland wenig Streikbrüder erhalten, auch die Italiener und Oesterreicher sind dem Onkel Petrus und Genossen schon zu anspruchsvoll und diese versuchen jetzt Rufen einzuführen, da diese Leute in ihrer Heimat durch die Kopen noch zu sehr in der Dummheit erhalten werden. Redner schloß mit den Worten: „Jeder Maurer muß gewerkschaftlich und politisch organisiert sein, dann ist die Zukunft unser.“ In der darauffolgenden Diskussion konstatierte Kollege Seifert, daß von Halle keine Streikbrüder nach auswärts kämen, wie verschiedene Blätter, auch der „Grundstein“, geschrieben haben, und stellte dies als Unmöglichkeit hin. (Wenn dann gesprochen oder geschrieben wurde, daß Halle das Hauptquartier der italienischen Streikbrüder sei, so ist dies nur dahin zu verstehen, daß sich dort, wie ausgegeben wird, die berüchtigten Streikbrüderagenten aufhalten und von dort aus ihre verderbliche Tätigkeit entfalten. Den hiesigen Kollegen sollte daraus ein Vorwurf nicht gemacht werden. Die Rebatition. Kollege Emmer schloß sich den letzten Ausführungen des Referenten an, tadelte aber, daß die Hamburger Kollegen den Beschluß auf Abschaffung der Alfordarbeit umgekehrt haben, und daß durch diesen die ganze Verhandlungslamie sei; er warnt die Kollegen, dies nachzugeben. Im Anschluß hieran erwiderte Kollege Stanning, daß die Leitung des Verbandes nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne, im übrigen könne er nicht darauf eingehen, wie es Sache des Verbandes sei. Kollege Wolf hielt auf dem Standpunkt, daß die Hamburger mit ihrem Beschluß die ganze Organisation gefährdet haben, und sagt, er sei zur Zeit in Hamburg gewesen und habe die Überzeugung gewonnen, daß die Kollegen ihre Schuldigkeit nicht getan haben. Er fordert dann die Kollegen auf, den Hamburgern nicht nachzugeben, denn alles, was von Hamburg kommt, das muß gekämpft sein, und jetzt haben sie sich selbst gekämpft. Kollege Dege meinte, daß die Hallenser kein Recht hätten, die Hamburger Beschlüsse zu kritisieren, denn es war doch unmöglich, daß Kollege Wolf in den paar Stunden, wo er sich in Hamburg auf umhören konnte, die Situation übersehen habe. Kollege Dege wollte sprach sich dahin aus, daß die hiesigen Kollegen die Verhältnisse in Hamburg zu wenig kennen, um über die Beschüsse derselben zu Gericht zu sitzen, und daß die Verbandslamie doch den Verbandstage Rechnung ablegen müsse, sei wohl. Nachher kam auch in Halle wieder schon Beschlüsse gefaßt worden, über die Kollegen anderer Städte den Kopf geschüttelt haben, aber die örtlichen Verhältnisse, welche zu den Beschlüssen trafen, konnten sie nicht. Im übrigen hätte wohl jede Kollege nach sich selbst zu ihm. Er ermahnte dann die Kollegen, die Arbeiter in den Bauplätzen zu unterlassen, um eine Einigkeit in den eigenen Reihen herbeizuführen. Stanning legte nochmals die Verhältnisse in Hamburg dar und erklärte, daß, wenn ein Krieg geführt würde, keine Partei so lange mit Veränderung der Zahl warten könne, wie sie von der Macht der Verhältnisse erdrückt werde. Hierauf wurde der Antrag auf Schluß der Diskussion gestellt und angenommen. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Statistische Aufnahmen“, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgeschoben. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen noch, treu und fest zum Verband zu halten, worauf gegen 12 1/2 Uhr Schluß der Versammlung erfolgte.

Der Zweigverein Silesien hielt am 6. d. M. eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Verfassung über den Lokaltarif. Nach längerer Debatte wurde der von der Lokalkommission ausgearbeitete Tarif anerkannt und beschlossen, denselben den Unternehmern resp. der Zunftung sofort zu unterbreiten. Um Stellung zu den vielen auf den Bauten vorhandenen Verhältnissen nehmen zu können und auf ihre Beseitigung hinzuwirken, wurde beschlossen, einen Briefkasten im Werklokal anzubringen, damit den Kollegen Gelegenheit gegeben wird, etwaige Verhältnisse sofort melden zu können. Nach einem kurzen Diagonali des Vorsitzenden, in der Agitation für den Verband nicht zu erlahmen, folgte Schluß der Versammlung.

Am Sonntag, den 31. August, hielt der Zweigverein Köslin seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Kollegen hatten sich seit längerer Zeit wieder einmal zahlreich eingefunden. Nachdem ein Ringeselle und ein seit zwei Jahren vom Verbands ferngebliebener Kollege aufgenommen waren, nahmen die Kollegen mit großer Spannung Kenntnis von einem Schreiben der Baugewerksinnung. Unsere Herzen Unternehmern hatten nämlich ein nettes Ding ausgeheckt. Am 7. d. Mts. haben vorgenannte Herren hier ein großes Fest. Es haben sich in ihrer Zunftung eine Reihe angefangen und diese soll am Sonntag, den 7. d. Mts., mit aller Feierlichkeit eingeweiht werden. Um hierzu nun aber auch Leute zu haben, die den Haufen vermehren und bei der „feierlichen Einweihung“ der Röhre tüchtig „Gurrah“ schreien, ist ihnen der tolle Einfall gekommen, die Maurer hierzu einzuladen. Dies ist in dem Schreiben, welches die Herren an den Vorsitzenden gefandt haben, enthalten. Gleichzeitig ist auch das ganze Programm in dem Schreiben aufgeführt und darin ferner bemerkt, daß für eine kleine Erfrischung Sorge getragen wird. „Rein, Ihr Herren“, die Ihr uns sonst nicht admet, mit solchen Sachen läßt sich kein organisierter Arbeiter über, wir geben uns nicht dazu her, bei jeder beliebigen Feier „Gurrah“ zu schreien. Wir wollen keine Harmoniefeier, es ist zu besser für uns, und unsere berechtigten Forderungen werden wir uns besser durch Kampf als durch solchen Dusek zu erringen wissen. In diesem Sinne sprachen sich sämtliche Redner aus und wurde die Resolution an der „erhebenden Feier“ einstimmig abgelehnt. Dann wurde vom Kollegen Gergs die in der Woche vom 8. bis 9. August aufgenommene Statistik vorgelesen, wonach in der angegebenen Woche 92 Gefellen und

28 Lehrlinge am Orte beschäftigt waren. 12 Gefellen waren davon nicht organisiert und der Durchschnittslohn betrug 88,18 A pro Stunde. Sehr gerügt und beklagt wurde es, daß die Kollegen den Bericht einer Statistik noch nicht erkannt haben, denn sonst hätten sie betriebsfremde Stundenlohn der Wahrheit sagen müssen und nicht einige Pfennige dazuschwindeln. In Wirklichkeit ist die Bautenindustrie hier schlecht und die Löhne sind immer sehr gedrückt. Die Kollegen wurden ermahnt, in der in nächster Woche stattfindenden Gewerkschaftsversammlung, in der über das Gewerkschaftsgesetz gesprochen wird, recht zahlreich zu erscheinen. Auch wurden sie aufgefordert, sich, wenn irgend möglich, in Buch über die Statistik im Maurergewerbe und ein Protokollbuch vom Gewerkschaftskongress zu beschaffen. Nachdem noch einige weniger wichtige Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

In Magdeburg fand am 2. d. M. eine öffentliche Maurerverammlung statt, um Stellung zu nehmen gegen verschiedene Vorworte und Mißstände, die sich in letzter Zeit auf einzelnen Bauten bemerkbar gemacht hatten. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt Kollege Schöne, wiederum von dem Bau Lokner verfaßt, worden sei. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Maurer Magdeburgs und Umgebung zu den Berliner Kollegen auf Bau Apel“, macht der Vorsitzende, Kollege Schöne, den Vorschlag, sich nicht erst in langen Betrachtungen zu ergeben über die Beschäfte des Bauers Apel, sondern sich sofort mit der gegenwärtig dort herrschenden Situation zu befassen. Apel habe nämlich, als er hier keinen Ruher bekommen habe, sich nach Berlin gewandt und dort einen sogenannten „Garnlosen“, d. h. einen Arbeitswilligen, zu bewegen verstanden, im Grunde mit anderen die Bauarbeit am Bau Apel zu übernehmen. Da die Sperrte über denselben bis heute offiziell noch nicht aufgehoben sei, so hätten sich die Anwesenden damit zu befassen, ob erstens das Vergehen der Sperrkommission in Sachen der Apelschen Bauarbeit so fanktioniert ist oder nicht, und ob zweitens die dort beschäftigten Ruher, soweit sie Verbandskollegen sind, sich gegen die hiesige Organisation verhalten haben. Nach seiner Meinung hätten die Berliner Kollegen, so lange die Sperrte nicht aufgehoben gewesen sei, die Arbeit dort nicht aufnehmen dürfen. Kollege Seifert moniert, daß die Sperrnotiz abgemacht am dem „Grundstein“ herausgegeben sei, wodurch der Anseh der Sperrte, die Sperrte über Bau Apel sei aufgehoben. Auch hätten sich weniger Berichte über die Maurerbewegung in der „Volksstimme“ und dem „Grundstein“ als früher, das sei bedauerlich. Während der Debatte über die Aufhebung oder das Weiterbestehen der Sperrte über Bau Apel tritt der Vertrauensmann Schöne, welcher zwei Tage verabschiedet war, den Saal. Die vorgenommene Abstimmung ergibt, daß die Sperrte über den Bau Apel für aufgehoben erklärt wird. Hierauf erklärt Schöne das Wort, um eingehend die Konsequenzen, die sich aus dieser Abstimmung ergeben, zu erläutern. Der Referent der Berliner Ruher stellt Redner den Antrag, das Ergehen an die Leitung der Berliner Organisation zu richten, die beim Bau Apel beschäftigten Ruher aus der Organisation auszuschließen. Kollege Schöne ist gegenbelliger Ansicht. Bei antragten wir den Ausschluß, so geben wir den Berliner Kollegen das Recht, am Plage zu bleiben. Richtiger sei, wenn die Berliner Organisation ihre Mitglieder nimmer zurückziehe, damit Platz für die Magdeburger Kollegen wird. Die Versammlung bej. icht mit übertragener Majorität im Sinne des Antrages Schöne. Zum zweiten Punkt: „Verhältnisse auf den einzelnen Bauten“, beleuchtet Schöne zunächst die unzulässigen Verhältnisse auf Bau Ägypten, die durch Eingreifen der Sperrkommission befreit worden seien, bevor noch Schlimmeres eingetreten sei. Ähnlich sei es mit dem Bau Rodsig. Im Weiteren schließt Schöne seine Erlebnisse auf Bau Lokner und die Praktiken, die die Unternehmern anwenden, um die gegenseitigen Abmachungen zu durchbrechen. Redner fordert zum strikten Festhalten der beiderseits getroffenen Vereinbarungen auf und ersucht um sofortige Mitteilung an die hiesige Ortsverwaltung, sobald ein Unternehmern versucht, den Lokaltarif zu durchbrechen. Kollege Stettin schließt in längeren Ausführungen die Schwierigkeiten, die einem Vertreter der Arbeiter bevorstehen, wenn er auf einer Baustelle, wie der bei Lokner, erscheint. Schöne führt noch aus, daß ihm Schwamm Lorenz mitgeteilt habe, er, Schöne, würde sofort verhaftet werden, wenn er sich einmal in der Nähe des Hauses Lokner zeigen würde. Auf dem Polizeipräsidium hätte man ihm gar gesagt, daß er verhaftet werden würde, wenn er noch einmal die öffentliche Ruhe und Ordnung störe. (Große Heiterkeit. Rufe: Unzufrieden!) Zum Schluß fordert noch die Versammlung zum festen Zusammenhalten auf und wünscht, daß keiner der Versammelten sich bereit finden möge, sich der kleinen Clique von Abtrünnigen anzuschließen, die gegen die Interessen der Arbeiter zu agitieren jederzeit bereit sind.

Am 2. September tagte in Weihen in der „Meintraube“ eine öffentliche Maurerverammlung, in der Kollege Redner aus Dresden über die Organisation der Maurer Amerikas sprach. Nachdem Redner die Entwicklung des Kapitalismus geschildert, entwarf er ein Bild von der Entwicklung der Arbeiterorganisationen. Das Einwandern aufgestörter Arbeiter sei aus den amerikanischen Organisationen zu Gute gekommen. Während man es in Deutschland durch Erben eines niedrigen Eintrittsgeldes den Berufsgelehrten erleichtert, der Organisation beizutreten, stehe man jenseits des Ozeans auf einem anderen Standpunkte, was daraus zu ersehen sei, daß in Chicago die Holzbläuer \$ 10, die Maurer \$ 25, die Steinmetzen \$ 50 und die Modellbauer \$ 75 Eintrittsgeld zu entrichten haben. Auch wurden Mitglieder, die sich gegen die Interessen der Organisation verhalten, oft mit ganz erheblichen Geldstrafen belegt. Weiter seien die Partiere, Vorsteher genannt, Mitglieder der Union. Selbstverständlich sei von den Unternehmern die Organisation der Arbeiter längst anerkannt worden. Nachdem der Referent noch auf die Nahrungsmittpreise und Löhne der amerikanischen Maurer eingegangen war, schloß er mit der Aufforderung, sich besser als bisher zu organisieren, denn dann würden auch die hiesigen Maurer ihre Tage verbessern können. Auch dort habe sich die Arbeiterkraft durch harte Kämpfe die letzten Löhne und Arbeitsbedingungen erst erringen müssen. Der interessante Vortrag wurde, beifällig aufgenommen. Nachdem die Wahl eines Kartelldelegierten, sowie einer Vergütungskommission vorgenommen worden war, wurden die Anwesenden aufgefordert, sammtliche

Der soeben erschienene Gefäßbericht des Bürger's Stab-
rathes enthält auch wiederum eine Uebersicht über die von den
beiden Gefäßkontrolluren, wovon einer Maurer und einer
Zimmermann, im Jahre 1901 ausgeübte Thätigkeit. Darnach
wurden insgesamt 1201 Gefäße kontrollirt, wovon 114 Gefäße
für Neubauten, 278 Spritz- und Serrgerüste für Umbauten
und Tische, 787 Pfahlgerüste und 22 fliegende Gerüste und
medianische Vorrichtungen waren. Die Kontrolle erforderte
4943 Untersuchungen und wiederholt mehrfältige Mithilfe der
Kontrollure bei Herstellung von Gerüsten. In 203 Fällen ist
der Pflicht der Anzeige von der Herstellung eines Gefäßes nicht
nachgelebt worden; die betreffenden Gerüste mußten von den
Kontrolluren erst ausfindig gemacht werden. Im Uebrigen
konnte die Kontrolle anstandslos durchgeführt werden und ergab
namhafte Verbesserungen in den Gefästungen. Die Anordnungen
der Kontrollure wurden im Allgemeinen pünktlich befolgt. Nach
übereinstimmenden Berichten ist für die Gefästungen nur gutes
und gesundes Material verwandt worden. Wegen vorrathig-
widriger Herstellung von Gefäßen hatte der Polizeivorstand
auf dem Wege schriftlicher Verfügung in 13 Fällen, gegenüber
28 Fällen im Jahre 1900 und 47 in 1899, einzuschreiten, und
in einem Falle, wo Gefahr im Verzuge war, mußte die
sofortige Einstellung der baulichen Arbeiten für so lange, als
den Vorschriften nicht Genüge getan war, anordnet werden.

Die Arbeitseinstellung dauerte vier Stunden und während dieser Zeit wurde der betreffende Bau vollständig überdeckt. Die Zahl der Unfälle auf den Bauplätzen beträgt vier, davon waren drei mit tödlichem Ausgang, einer hatte für den Verunglückten einen Beinbruch zur Folge. Die Ursachen der Unfälle waren: mangelhafter Versuch eines Arbeiters, sich von einer Leiter herab auf das Gerüst zu schwingen; vorzeitige Befestigung eines Gerüstbaltes; Schlag durch eine Gerüststange beim Abbruch eines Gerüsts. Nur in einem Falle konnte der Unfall auf ungenügende Gerüstführung zurückgeführt werden; von der Herstellung dieses Gerüsts war dem betreffenden Kontrolleur keine Anzeige gemacht worden. Durch Befolgung der Vorschriften des § 28 der Verordnung (Breiterbelag in den verschiedenen Stockwerken) wurde in drei Fällen der Sturz von Arbeitern in die ganze Tiefe des Baues und damit schweres Unglück verhindert. Die betreffenden Arbeiter fielen auf die oberste eingebaute Balkenlage und kamen ohne Schaden davon. Die Gerüstkontrolle hat sich seit ihrem Bestehen in Zürich als ein wohlthätiges Institut erwiesen und ihr günstiger Einfluss in der Minderung der Unfallverhütung wird nunmehr von allen beteiligten Stellen anerkannt. Immerhin bedürfen die bestehenden Vorschriften der Ergänzung im Sinne der Verhütung. Eine bezügliche Vorlage ist in Vorbereitung und wird dem großen Stadtrat im Laufe des Jahres 1902 unterbreitet werden.

Die Gerüstkontrolle in Zürich, nunmehr seit fünf Jahren bestehend, hat sich vorzüglich bewährt, damit aber auch die Verwendung von Arbeitern für diese amtliche Tätigkeit. In letzter Zeit haben auch die Städte Winterthur und Zugern Bestimmungen zur Verhütung von Unfällen auf Baustellen erlassen; in der Winterthurer Verordnung ist die Heranziehung von Arbeitern zur Gerüstkontrolle ausdrücklich vorgesehen. Verlangt wird schon seit längerer Zeit die Auffstellung einer bezüglichen Verordnung und die Schaffung einer Gerüstkontrolle von den organisierten Bauarbeitern in St. Gallen, wo dieses Jahr bereits mehrere Baumunfälle vorkamen; allein der kantonale Stabsverwaltung preis ist es trotzdem nicht mit der Verwirklichung der Arbeiterforderungen. So, wenn es sich um Gesundheit und Leben der Unternehmer, der Wesenden überhaupt handelt, dann wäre längst die notwendige Abhilfe getroffen worden. So steht auch in der republikanisch-demokratischen Schweiz die Arbeiterarbeit überall auf Klassenherrschaft.

Was die Bauhütigkeit in der Stadt Zürich im verflochtenen Jahre betrifft, so gelangten an die Baupolizei 333 Baugesuche (1900: 382). Die polizeiliche Bezugsbewilligung wurde erteilt für 221 Neubauten gegen 445 in 1900, im Vorjahre also um 224 weniger. Diese bezugsbefähigten Neubauten waren:

	1901	1900
Einfache Wohnhäuser	56	129
Doppelwohnhäuser	44	61
An-, Um- und Aufbauten	36	71
Berufstätten	18	31
Stallungen	17	6
Werkstätten	42	129
Wägereien	1	3
Möbelfabriken	1	3
Fabrikanten und Geschäftshäuser	4	12
Strassenhäuser	2	—
Verkehrsanlagen (Bahnhof, Post usw.)	4	—
Kirchen	1	—
Total	221	445

Eine Vermehrung hat demnach im Jahre 1901 der Bau von Stallungen erfahren. Wo bei der Abnahme der Bauten irgend welche Mängel entdeckt wurden, gelang es die Gebung derselben durch zweckentsprechende Auflagen an die Eigentümer. In einem Falle wurde ein Bauherr wegen zu frühen Auftrags des Baupolizei bestraft.

Die Wohnungskontrolle machte im Berichtsjahre abermals 2118 Anordnungen notwendig, welche sich in der Hauptsache folgendermaßen verteilten:

Massregeln zur Beseitigung von Feuchtigkeit:	
durch ausgiebiges Lüften	32
Unterfütterung, Dichtung des Bodens etc.	8
Reparatur schadhafter Böden, Wände etc.	36
Beseitigung der Beleuchtung und Ventilation durch Herstellung von Fenstern und Läden bzw. Erweiterung der Fenster- und Ventilationsflächen	232
Beseitigung des Wohnungsmülls und Verbesserung durch Reparatur schadhafter Böden, Wände, Tapeten, Decken usw.	197
Reinigung von Längstufen und Schmutz, Entfernung von Ratten, Mäusen, Katzen etc. aus Wohn-, Dach- und Kellerzimmern	49
Bessere Instandhaltung und Vermeidung von Abfallgruben, Dedung und Dichtung von Schächten und Müllgruben, Einbürgerung von Kellerzimmern, Anschluss an die Kanalisation, Abklärung der Abwässer etc.	1001
Reinigung von Höfen, Treppen, Balken etc.	393
Beseitigung von Abfallstoffen	54

Die jeweilige nach Ablauf der Frist für Herstellung der Auflagen stattgefundenen Nachschau gab Veranlassung zu 163 Verwarnungen und 18 Bußen wegen Ungehorsams.

Die Inspektion der Massenquartiere in 114 Häusern mit 682 Schlafstellen (68 pro Haus und 3,7 Schlöcher auf jeden der 180 Logisgeber) führte in 24 Fällen zu Baumanordnungen wegen ungenügender Raumverhältnisse bzw. zu großer Schlafplatzzahl in 15, wegen ungenügender Bettenzahl in 6 und wegen Benutzung von Gehämmern zu Schlafzwecken in 3 Fällen.

Die Kontrolle der dem Arbeiterinnen ausgesetzten unterstellten Betriebe und Arbeitsräume, deren 447 mit zusammen 473 Arbeiterinnen und mit 1205 Arbeiterinnen registriert wurden, gab in 12 Fällen Anlass zu Baumanordnungen und zwar wegen Ueberfüllung der Räume (2), wegen Benutzung von Arbeitsräumen zum Schlafen (7), wegen ungenügender Ventilations-einrichtungen (3) und wegen Längstufen (1).

Was den Arbeitsmarkt in Zürich betrifft, so standen im Jahre 1901 den 6630 offenen Stellen 15005 Arbeitsuchende gegenüber, auf je 1000 2,26, und zwar betrafen diese Angaben ausschließlich die männliche Bevölkerung des städtischen Arbeitsamtes. In der weiblichen Bevölkerung standen den 4759 offenen Stellen 6128 Arbeitsuchende gegenüber, so daß hier das Verhältnis ebenfalls ungünstiger war.

Zugleich wird auch über die im verflochtenen Winter gemachte städtische Arbeitslosenunterstützung berichtet. Derselbe ist 819 Männern, 718 Frauen und 1825 Kindern, zusammen 2362 Personen, gewährt worden. Die

Gesamtzahl der Unterstützungsstage betrug 21 929, die Unterstützungssumme Frs. 38 038. Derselbe wurde auf folgende Weise verausgabt: Frs. 694,50 für Suppe, Frs. 3411,60 für Milch, Frs. 22 251,50 für Lebensmittel, Frs. 4004,50 für Brennmaterial, Frs. 2371,60 für Mietzinsbeiträge, Frs. 228,30 für Schuhe und Frs. 61,20 für Verkleidungen. Außerdem wurden Holz und Kohle zu ermäßigten Preisen an unbemittelte Einwohner abgegeben. Von der gesamten Unterstützungssumme fallen Frs. 18 525,70 oder 56,1 pSt. auf Schweizer und Frs. 14 497,80 oder 43,9 pSt. auf niederelassene Ausländer. Die Stadt gewährt einer Anzahl von Arbeitslosen (Strassenbau) Beschäftigung, zu der die Stadt die nötigen Arbeitsgeräte mitteilt und unentgeltlich überläßt. Der minimale Stundenlohn betrug 40 Cts. Für Verpflegung und Unterkunft in einem geschlossenen Lokal über Mittag wurde von Bauern ein größeres Unterkunftslokal gemietet und auf billige Verabreichung von nahrhafter Suppe Bedacht genommen.

Die Arbeiter waren im Allgemeinen willig, bemerkt der Bericht dazu, allein die Leistungen sind, wie vorauszuheben, bei Arbeitslosigkeit zu sinken und stets bei solchen Arbeiten beschäftigten Arbeitern entsprechend, so daß die mit den gewöhnlichen Unternehmern preislich aufgestellten Kostenberechnungen bei dem einen oder anderen Bau vorausgesetzt überschritten werden.

Es ist anzuerkennen, daß die Stadt Zürich in der Behandlung der Arbeitslosenfrage guten sozialen Willen und soziales Verständnis hat, und daß sie namentlich die Arbeitslosenunterstützung nicht als Almosen, d. h. als Armenunterstützung mit ihren zugehörigen Folgen (Verlust des Selbstrechts etc.) qualifiziert. Im kommenden Winter wird voraussichtlich wiederum größere Arbeitslosigkeit eintreten und städtische Hilfe notwendig werden. Ein sehr großer Teil der Arbeitslosen des letzten Winters war; Bauarbeiter, im nächsten Winter wird es wohl wieder so sein, trotzdem die Zahl der Bauarbeiter unter dem Einfluß der Baukrise auf dem Plage Zürich sich bedeutend verringert hat.

Aus Arbeiterkreisen.

* **Einzelne Gefallen.** Die Baugewerksinnung zu Brühl hatte unter Leitung ihres Direktors, des bekannten Handwerksretters und Schornfleckers Ernst Witz, beschlossen, den Junggelehrten, die zu Johann B. J. ihre Lehrtätigkeit beendet hatten, sich aber weigerten, den von der Innung beantragten Quartaalsumme mitzumachen, sondern sich in den Verband hatten aufnehmen lassen, zur Strafe für ihre Unentschiedenheit die Lehrtätigkeit vorzunehmen. Doch auch die gestrenge Herren Baugewerksmeister sind nicht allmächtig und bringen nicht überall mit ihren harten Schlägen durch. Auf eingeleitete Beschwerde verfügte der Stadtrat die Innungsbüro der Lehrtätigkeit, und der Reglement-Präsident, an den sich die Innung um Hilfe wandte, befähigte die landräthliche Verfügung, so daß die Innung sich zur Aufhebung der Lehrtätigkeit bequemen mußte. Ohne einen kleinen Nachsatz an den renitenten Junggelehrten genommen zu haben, konnte sich die Innung jedoch nicht dazu verstehen. So erging denn die Ausgleichen den Beschwerde, daß sie sich ihre Lehrtätigkeit von der Polizei abholen könnten. Die Lehrtätigkeit selbst entsprach in der Form auch nicht den sonst üblichen, sondern waren bedeutend kleiner und enthielten nur die einfache Befestigung über die regelrecht heftende Lehrtätigkeit. Da sie aber sonst den gesetzlichen Vorschriften genügen, waren die Junggelehrten auch mit diesen „Lehrtätigkeiten“ zufrieden. Gegenwärtig hat die Innung waren es aber nicht, die sie bei der Empfangnahme ihrer „Diplome“ auf den Lippen hatten.

* **„Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“.** Unter diesem Titel soll vom 1. Oktober an ein Programm erscheinen, welches sich als Publikationsorgan der deutschen Arbeitgeberverbände bezeichnen. In der Vorrede heißt es:

„Hinter der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ stehen die hervorragendsten Arbeitgeberverbände. Sie wird die Waffe des organisierten Arbeitgeberbundes in gleicher Weise werden, wie es die sozialdemokratische Presse für die organisierten Arbeitnehmer ist.“

Für die Aufgaben, welche sich die neue Pressegründung gestellt hat, ist folgender Passus aus ihrem Programm kennzeichnend:

„Allen Arbeitgebern, den größeren wie den kleineren, den Industriellen wie den Handwerks- und Kaufleuten, ist das Bestreben nach einer Milderung der Gefahr gemein, welche durch den sozialpolitischen Lebenskampf zwischen, aber einseitiger und kurzfristiger Reformatorien im Vereine mit der unablässigen Wühlarbeit der sozialdemokratischen Agitation den Fortbestand der Industrie und des Gewerbes zum unüberwindlichen Schaden nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer selbst bedroht.“

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ will also den Kampf nach zwei Fronten führen, sowohl gegen die milden Befürworter unzulänglicher Sozialreformen, als auch gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Das letztere wird jedenfalls die Hauptaufgabe des neuen Organs sein. Darauf läßt schon der Name des Chefredakteurs schließen. Es ist dies ein Herr Kleiber, der bisher die „Friedzeitung“ der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen ebenfalls als „Chef“ redigiert. Hinter dem „Chef“ des neuen Kampfsorgans stehen vermutlich auch die bekannten Führer der Berliner Holzindustriellen und die Schornfleckerei in anderen Berufen. Damit ist die Richtung der neuen Zeitung wohl genügend gekennzeichnet.

Aus anderen Berufen.

* **Der Verband der Schneider und Schneiderinnen etc.** hat in der letzten Augustwoche in München seinen Verbandstag abgehalten. Im bemerkenswerten Beschlüssen sind zu verzeichnen die Erhöhung des wöchentlichen Beitrags von 20 auf 25 J., die Verlegung des Sitzes des Verbandes von Stuttgart nach Berlin und die Erklärung des Organs „Friedzeitung für Schneider“ als Verbandseigentum. Als erster Vorsitzender des Verbandes wurde der feierliche Redakteur Stillermer und als Redakteur Schabitz, bisher Sekretär der Generalkommission, gewählt. Das Verbandsorgan wurde von Hamburg nach Berlin verlegt.

* **Die Maurer und Handlanger in Bern** haben beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten mit folgenden Forderungen: Minimaler Stundenlohn von 65 Centimes für Maurer und 40 Centimes für die Handlanger, Entziehung des Rechts der Partiere zur Einstellung und Entlassung von Arbeitern.

Gleichzeitig wurde beschlossen, auf die Regelung des Beihilfsaufwands und materielle Unterstützung derselben durch Gemeinde und Staat zur Heranbildung tüchtiger einheimischer Maurer hinzuwirken.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* **Wichtig für eintretende Personen.** Die im nächsten Monat zum Militär eintretenden Personen, welche der Invaliditätsversicherungspflicht unterliegen, werden darauf hingewiesen, daß nach dem neuen, am 1. Januar 1900 in Kraft getretenen Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899 die Duldungsfrist nur eine Gültigkeitsdauer von zwei Jahren, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, hat. Derselbe wird die Bestimmung des § 135 des genannten Gesetzes noch nicht genügend beachtet. Diese lautet, daß eine Karte, falls sie nicht innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, der betreffenden Polizeibehörde zum Austausch oder zur Verlängerung vorgelegt wird, ihre Gültigkeit verliert. Die zum Militär eintretenden Personen thun gut, ihre Invalidenkarten vor dem Eintritt auf den Stad- oder Amtsbureauz abzugeben. Nach ihrer Entlassung vom Militär erhalten sie dann eine neue Karte.

Polizei und Gerichte.

* **Landgericht gegen Reichsgericht.** Die Strafkammer des Landgerichts zu Dortmund hat eine bemerkenswerte Entscheidung gefällt. Sie hat die Aufforderung zum Kontraktbruch für straffrei erklärt und zwar im bezüglichen Widerspruch gegen die Substanz des Reichsgerichts. Ein Maurer in Dortmund war in einer größeren Maurerverammlung, in welcher über den in diesem Sommer dorthin beabsichtigten Generalstreik Beschlüsse gefaßt werden sollte, als Redner aufgetreten und hatte zum Streik geraten und hingewiesen, auch diejenigen Maurer möchten die Arbeit niederlegen, die im Kündigungsverhältnis standen. Auf Grund dieser Ausrufungen war gegen den Angeklagten wegen Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuchs erhoben worden (Aufforderung zum Kontraktbruch gegen Gesetze). Der Vorsitzende des Landgerichts wies darauf hin, daß das Reichsgericht allerdings auf dem Standpunkt stehe, daß auch eine Uebertretung zivilrechtlicher Bestimmungen als Kontraktbruch im Sinne des § 110 zu betrachten, die Aufforderung zum Kontraktbruch also strafbar sei. Die Auffassung des Reichsgerichts sei aber zu mäßigend. Der Wortlaut des Gesetzes lasse klar erkennen, daß der Gesetzgeber nur an einen Kontraktbruch gegen kriminelle Bestimmungen gedacht habe. Das Gericht trat der Auffassung des Reichsgerichts auch bei und sprach den Angeklagten frei. Der Vorsitzende führte aus, der Reichshof könne sich der Auffassung des Reichsgerichts nicht anschließen; eine Aufforderung zum Kontraktbruch gegen Gesetze zivilrechtlicher Natur könne kriminell nicht geahndet werden; aus diesem Grunde rechtfertige sich die Freisprechung.

Verschiedenes.

* **Die reinigende Kraft der Sonne.** Professor v. Esmarck hat interessante Untersuchungen über die reinigende Kraft der Sonnenstrahlen angestellt. Er hatte Kleider, Betten, Kissen, Möbel, Wäsche usw. mit Keimkeimen versehen, der verschiedenen Art angefüllt, setzte sie den Sonnenstrahlen aus und untersuchte dann den Zustand von Stunde, ob und welche Keimkeime noch vorhanden waren. Lieber die Ergebnisse wird mitgeteilt, daß zunächst das Keimkeim nicht nur von der Oberfläche, sondern auch in den tiefsten Schichten der Betten usw. durch die Sonnenstrahlen vernichtet wurde. Demnach, allerdings erst nach längerer Bestrahlung, wurden die Erreger des Typhus, der Tuberkulose, der Diphtherie, endlich die des Malaria brandes unschädlich gemacht. Demnach stellt sich die Bestrahlung als das beste und wohl kostlose, billigste Desinfektionsmittel heraus. Da sich immer und überall Keimkeime befinden, ist diese Entdeckung von größter Bedeutung für das tägliche Leben, wird doch hierdurch die Notwendigkeit bewiesen, alle Gegenstände, die mit unserem Körper in nahe Berührung kommen: Kleider, Wäsche, Betten usw. öfters mehrere Stunden hindurch den Sonnenstrahlen auszusetzen. Sollten wirklich auf diese Weise nicht alle gefährlichen Keime in diesen Gegenständen abgetötet werden, so würden sie sich doch keinesfalls in solchem Uebermaß vermehren können, daß ihnen die Menschen erliegen müßten.

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag). Das 49. Heft des 20. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Schacher: das ist's. — Der Parteitag in München. Von A. Weber. — Die neue Methode. Von Karl Liebknecht. — Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Von Hermann Möller. — Der Parteitag in Preussisch-Polen. Von A. Winter. — Literarische Rundschau: Dr. Paul Mombert. Die deutschen Stadtgemeinden und ihre Arbeiter. Von Paul Ehrlich. Dr. Ernst Schulze: Wie wir unsere große Dichter ehren sollten?

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitung: preisliche der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5889 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„In Freien Stunden“, Seite 85 und 86. Der mit prächtigen, für den Inhalt charakteristischen Zeichnungen geschmückte Roman „Die drei Wänter“ von Alexander Dumas hat bei dem Verleger reichen Beifall gefunden, so daß wir wiederholt unsere Leser auf diese Romanbibliothek aufmerksam machen, die zur Verdrängung der Lieder auch in Arbeiterkreisen noch vielfach verbreiteten Schundromane Literatur bestimmt ist. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

„Bauarbeiterbund im Königreich Sachsen.“ (Verlag A. Friedrich, Dresden, Riesenbergstr. 2, I.) Die Bundeskommission hat im vorigen Jahre die Verordnungen der Baupolizeibehörde gesammelt und, in einer kleinen Broschüre verarbeitet, den Bau-

arbeiten Sachsen übergeben. Seit hat dieselbe Kommission die veränderten und verbesserten Unfallversicherungsbedingungen der sächsischen Bauergewerkschaftsgenossenschaft drucken lassen. Das Heftchen enthält außerdem die Agitationsblätter: Rohstoffformular, Pfändungsanträge, Steuerreklamation usw. Die Kommission hofft, daß durch die Verbreitung dieser Broschüre der Bauarbeiter sich wieder einen Schritt vorwärts gerückt ist. Der Preis beträgt nur 5 A. Den Vertrieb übernehmen die Hilfskassenkommissionen und die Vertrauensleute der Berufe in den einzelnen Orten.

Briefkasten.

Altona, J. M. Der erste deutsche Staat, der das Wahlrecht freigegeben, war Sachsen durch das Gewerbegesetz vom 15. Oktober 1881. In den meisten anderen Staaten wurde es eingeführt durch die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869. Der eigentlichen Gewerbeordnung war ein sogenanntes Rohstoffgesetz vom 8. Juli 1888 vorausgegangen.

Dagow, L. Sie können gegen die Frau nichts unternehmen, da sie ja die Angaben nicht beschworen hat. Sie sollten sich, da Ihre Freisprechung erfolgt ist, nimmermehr beunruhigen und sich nicht nachträglich selber Unannehmlichkeiten bereiten.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Statistische Erhebungen 1902.

Von nachfolgenden Zweigvereinen waren die Fragebogen bis Dienstag, den 9. September, Vormittags 9 Uhr, noch nicht eingegangen:

Gau Berlin. Reckow, Brück i. d. M., Grotzen a. d. O., Curischlag, Garmisch, Pankow i. d. M., Götter, Götzen, Grünberg i. B., Gernsdorf i. d. M., H.-Schöneberg, Kropfshüt, Kyritz, Lübbow, Lubow, Ludau, Mühlberg, Rauen, Paaren, Reppen, Sebbin, Söngersdorf.

Gau Bremen. Brake a. d. B., Bassum.
Gau Breslau. Fraustadt, Freimwalde, Heinevalde, Landsberg, Marzberg, Neufeld, Waldenburg.
Gau Köln. Cronenberg, Düren, Eiselberg, Barmelskirchen.

Gau Danzig. Culm, Culmsee, Dirschau, Kassel, Thorn.
Gau Dortmund. Muhlort.
Gau Erfurt. Blumenthal, Saalfeld, Steinach.
Gau Frankfurt a. M. Alzen, Königshütten, Oberstein, Wuppertal.

Gau Hamburg. Heide.
Gau Hannover. Bünde, Gerford, Oettinghausen.
Gau Leipzig. Auerbach, Grotzen a. d. M., Froberg, Krefeld, Lützen, Lützen.
Gau Lübeck. Gültow i. M., Kralow, Satow.
Gau Magdeburg. Beyerhof, Gardelegen, Götze, Sangerhausen, Jerbst.

Gau Mannheim. Borsheim.
Gau Nürnberg. Bamberg, Rulmbach.
Gau Ostfriesland. Barmbe, Gültow i. B., Edam, Hübbs, Anklam, Marienwalde, Neustettin, Rüganwalde, Elargard i. B., Stolp.

Gau Stuttgart. Kelen, Heilbronn.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Wübben, Gienach, Marzberg und Schmiedeberg.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Heinrich Ohm (Buch-Nr. 18 747), Ernst Pöckert-Berlin (89 810), Adolf Büchdel-Stein (181 098), Reich-Strasburg i. E. (150 063).

Ausgeschlossen

sind auf Grund § 18 a des Statuts vom Zweigverein Schenkth: Friedrich Ulrich (Buch-Nr. 0 108 149); Berlin (Büger): Heinrich Burmann (237), Johann Löss (916), Fritz Reimer (942); Bregg: Heinrich Ebbendorf-Bregg (047 456); Düsseldorf: Karl Bud (146 897); Tschöbe: Friedr. Reimers (047 792); Wittenberg: Otto Biering (188 169); Bernau: Wilhelm Baß (047 942); Wilsch. Mittelbach (047 924), Ernst Reih (081 409); Götting: Götze (094 512), August Paul (114 466), Karl Humpel (047 977), Karl Großer (047 947), Emil Verbaum (047 931), Johann Pöckert (047 945), Julius Ebbendorf (047 984), Friedrich Göttemeyer (243 605), Emil Pöckert (243 603), August Engel (047 954), Fritz Engel (047 953), Wilhelm Rood II (047 957), Wilhelm Rood (047 952), Julius Marquardt (047 981), August Wille (114 467); Bremen: F. Winter (82 889).

Um Angabe ihrer Adresse

werden ersucht die Kollegen Peter Hübner (Buch-Nr. 281 852) und Martin Krüger (088 245), geb. in Recken bei Waren.

Aufgefordert

ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Wittenberg a. d. M.: August Steinmetz (Buch-Nr. 250 826); vom Zweigverein Düsseldorf: Otto Giesmann (Buch-Nr. 18 079); Gustav Krüger (037 136), Ludwig Grages (148 708), Nikolaus Götz (0 106 185), Konrad Traxel (147 086), Julius Schöber (070 706), E. Nagelschmidt (45 826), Wilhelm Leineweber (27 512), Fabian Arnold (146 992), Georg Dillinger (156 090).

Genannte Kollegen haben Beitragsmarken resp. einflachte Gelder unterzulegen; wir ersuchen daher alle Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, uns doch umgehend Mitteilung zu machen.

Nichtigstellung.

Die Kollegen Gustav Kallum und Rudolf Lange aus Königsberg i. Pr. beizurufen ganz entschieden, der Frau des Zweigvereinsleiters in Königsberg Geld abgeschwindelt zu haben, wie in Nr. 36 des „Grundstein“ unter „Verbandsbekanntmachung“ behauptet wurde. Sie wollen sich nur, da sie infolge des Streiks aus Königsberg abgereist seien, Arbeit

aber nicht finden konnten, je 4,20 Unterstützung haben geben lassen, um Mittel zur Weiterreise zu haben.

Wir werden die Sache untersuchen und das Resultat dann bekannt geben.

Der Verbandsvorstand.

Marken-Verband.

In der Woche vom 1. bis 6. September sind Marken verfaßt worden (B = Eintrittsmarken, K = Beitragsmarken, A = Arbeitslohnmarken, K = Kollportagearbeiten, U = Unterstützungsmarken, Eh = Marken für Ehrenmitglieder):

Altona 5000 B a 55 A, 50 Eh a 30. Alen 2 E a 50. Annaberg 200 B a 25, 20 Eh a 50. Apertade 400 B a 40, 25 Eh a 15.

Berlin 10000 B a 25 A, 500 E a 50. Baugen 100 B a 30. Blumenthal 100 B a 40. Brunsbüttel 20 E a 50. Bremerhaven 4000 B a 45, 1000 K a 20.

Colbitz 2000 B a 40 A, Gughaden 200 B a 45.

Düsseldorf 2000 B a 50 A.

Eichwalde 200 B a 50 A, 200 B a 55, 5 E a 50, 50 A a 25.

Elber 50 B a 35. Eilenriede 200 B a 25, 20 Eh a 50. Eilrich 600 B a 30.

Hensburg 2000 B a 50 A. Hirschenwalde 200 B a 40.

Hirschbühl 5 E a 50, 50 Eh a 30.

Hilf 1000 B a 35 A, 100 Eh a 10. Gramzow 20 E a 50.

Himmelsdorf 100 B a 50 A.

Hilf 600 B a 30 A.

Kreis 200 B a 30 A. Königsberg i. Pr. 600 A a 25.

Königsberg i. d. M. 200 B a 30, 50 A a 25.

Lübeck 200 B a 35 A, 20 E a 50. Lüßchen 800 B a 35, 100 K a 10. Lützen 400 B a 30. Magdeburg 1000 B a 40.

Magdeburg 15 E a 50 A. Mühlhausen i. M. 1000 B a 35. Mühlhausen 400 B a 40. Meiersberg 200 B a 30. Marienwerder 400 B a 45, 200 A a 25. Malsow 100 B a 30.

Minden 1000 B a 35.

Neustadt i. S. 800 B a 35 A. Neumünster 2000 B a 45.

Obernied 400 B a 30 A. Oßersleben 200 B a 30, 5 E a 50.

Pöckert 1000 B a 35 A.

Spanbau 2000 B a 55 A, 200 A a 25. Schönevalde 100 B a 35. Seeburg 400 B a 35. Schmalsteden 400 B a 25.

Tautenhain 200 B a 30 A, 200 B a 35. Teichendorf 25 B a 50. Teterow 600 B a 30. Tönning 400 B a 40.

Zeugern 400 B a 35. Trebbin 600 B a 35.

Uckermark 200 B a 25 A.

Waldenburg 800 B a 30 A. Weiskammer 200 B a 30.

Bermerode 4 E a 50. Riedel 200 B a 55. Ritzgen 1000 B a 35, 100 B a 30. Renschenhof 100 B a 55, 200 B a 40.

In der Zeit vom 2. bis 8. September 1902 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von den Zweigvereinen Leipzig 8200, Kiel 800, Coblenz 340, Mühlhausen i. M. 200, Hirschbühl 150, Neubrandenburg 120, Oberhausen i. Rheinland 100, Norden 100, Lüdenscheid 70, Rastbach 28, Eilenriede 8, Annaberg i. E. 4, Götze a. d. M. 1, Götze 350, Ebbendorf 200, Guntewalde 44,20, Rulmbach 60, Wittenberg 245,88, Rintberg 200, Söllingen 100, Bregg 451,01, Braunschweig 600, Bremen 1800, Greiz 200, Wittenberg a. d. M. 100, Frankfurt a. M. 800, Hagen i. B. 100, Hölzberg 100, Hirschbühl 184,35, Altona 761,81, Schwerin i. Pr. 400, Erfurt 800, Bunsau 174, G. R. Reus 100, Berlin 100, Neubrandenburg 98, Cobitz 78, Landsberg i. B. 15,89, Sternberg i. d. M. 7,05, Hirschbühl 8, Götze, durch Seemann-Berlin 20,80, Raage i. B. 8, Rostock 2,60, Reife 89,50, Rerum 200. Summa 18 108,10.

Für Broschüre „Lohnausweis und Minimallohn“.

Seitenberg 1. —, 50, Neubrandenburg 1. Götze a. d. Ober —, 25, Dregg —, 50, Gommern 1. Summa 1 3,35.

Für Statistik.

Seitenberg, Coblenz, Rastbach, Götze, Rastbach, Treuenbreyen, Jüterbog und Reife i. E. 2,50. Summa 1 25.

Für Broschüre „Das Maurergewerbe in der Statistik“.

Götze a. d. Ober 1, Götze 9, Egeberg 4, Gommern 18,50, Grotzow 2,50, Frankfurt a. d. B. 24, Bregg 9, Altona 28,50, Schwerin i. M. 14, Bunsau 9, Neubrandenburg 1,50, Jüterbog 9. Summa 1 128.

Verichtigung.

Statt der in Nr. 36 unter Posen für die Hauptkasse quittierten 1 1600 muß es richtig heißen 1 1200.

Die Zweigvereins-Kassier resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Nachschußlisten genau anzugeben, wofür das eingekommene Geld bestimmt ist.

Hamburg, den 8. September 1902.

J. Köster,
Hamburg 5, Bremerstr. 11, 1. Et.

Zentralkrankenkasse.

(Grundprinzip der Einigkeit.)

Auf Anweisung der Aufsichtsbeförderung müssen unter Hinweis auf § 15 des Statuts diejenigen die Statutenbestimmungen über den Nachschuß, und speziell die im § 7 Ziffer 1 unter b und d, mit den Bestimmungen über die Aufnahme von Mitgliedern, fortzuführen.

Zweite Ergänzung resp. Abänderung des § 6 der Statuten usw. beruht der Vorstand an dem 5. Juli d. J. vertagte Generalversammlung am Sonntag, den 21. September, nach Berlin ein. Das Statut, wo die Generalversammlung tagt, wird den Delegierten noch näher bekannt gemacht.

Der Vorstand.

J. A. M. Th. H. a. r. V. r. f. e. n. d. e. r.

In der Woche vom 31. August bis 6. September sind folgende Beträge eingegangen: Von der dringlichen Verwaltung in Altona 1 500, Hamburg 500, Eillich 400, Weiskammer 400, Halberstadt 850, Ritzberg 800, Rostock i. M. 250, Schwerin a. d. M. 150, Jordan-Parabels 100, Halbe 100, Gernsdorf 100, Götze 100. Summa 1 8250.

Altona, den 6. September 1902.

Karl Reich, Hauptkassier, Wilhelmstr. 67.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder. Die Beilei lautet 12 A.)

Berlin. Es haben unsere treuen und langjährigen Mitglieder **Robert Wendt** am 31. August im Alter von 62 Jahren an Herzschlag und **August Pardemann** am 2. September im Alter von 68 Jahren an Magenkrebs.

Breslau. Am 1. September starb nach 9wöchentlicher Krankheit unser langjähriger treues Mitglied **Herrn. Frische** im 51. Lebensjahre an Lungenleiden.

Hannover. Am 26. August verstarb unser treues Verbandsmitglied **H. Barmelster** infolge eines Unfalles den 26. August.

Münster. Am 20. August verstarb unser Verbandskollege **Heinrich Winkes** nach nahezu zweijähriger Krankenlager im Alter von 87 Jahren an der Prostataerkrankung.

Neustadt. Am 26. August starb unser treues Mitglied **Martin Hassow** im Alter von 63 Jahren infolge Lungenleiden und Stillstandes. Er war Mitbegründer unserer dringlichen Organisation.

Wien. Am 30. August verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Verbandskollege **Friedrich Haase II** in Schmersleben im 68. Lebensjahre an Magenkrebs.

Sterbegeld

ist in der Zeit vom 31. August bis 6. September bezahlt worden für nachstehend bezeichnete Mitglieder resp. deren Trauer:

A. Röscher-Hamburg (Frau), Buch-Nr. 0105; Wilsch, Mühlhausen-Berlin (Frau), 075 187; Heinrich Winkes-Münster, 225 007; Heinrich Giesing-Witten, 180 997; Karl Jakob Wilsch-Barmelster (Frau), 054 887; Robert Wilsch-Berlin, 89 020; Wilsch-Barmelster, 88 112; Gustav Gatter-Bromberg, 110 822; Bruno Thümmel-Berlin (Frau), 177 795; Alfred Wilsch-Königsberg i. Pr. (Frau), 240 739; Wilsch-Barmelster, 216 124; August Pardemann-Berlin, 200 843; Otto Jäger-Leipzig, 113 960.

Gau Magdeburg.

Die dem Kollegen **L. Eckstein** im Auftrage der dringlichen Agitationskommission ausfallen, da der Kollege Eckstein eine Ausstellung als Lagerhalter in einem Konsumverein in Jüdau erhalten hat.

J. Koch, Gaudofrieden.

Achtung!

Den reisenden Verbandsmitgliedern wird hiermit der Arbeitsnachweis und die Herberge „Zur weißen Taube“ in Schenkth (Halle-Leipzig) bestens empfohlen.

Herrforderung.

Der Kollege **Herrmann Rothe** aus Leipzig wird ersucht, seine Adresse an den Zweigverein Düsseldorf zu senden. [M. 1,50]

Erklärung.

Ich erkläre hiermit, daß ich mich gegen die Interessen des Verbandes vergangen habe. Ich beziehe dieses und versichere, in Zukunft ein treues und fleißiges Mitglied des Verbandes zu werden. [M. 1,50] F. Jänsche, Bremen.

Templin.

Am Sonnabend, den 20. September, Abends 8 Uhr, feiert der Zweigverein Templin sein

* 1. Stiftungsfest *

durch Konzert, Komische Vorträge und Tanz. Die Festrede hält Kollege Mittag. Abend. Die diesjährigen Kollegen sowie die aus den umliegenden Ortschaften sind hierdurch freundlich eingeladen. Die Teilnehmer haben nur gegen Vorzeigung des Programms Einlaß zum Vergnügen. Das Programm kostet 1 A.

Um rege Beteiligung wird gebeten. Der Zweigvereinsvorstand. [M. 4,20]

Veranstaltungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Donnerstag, 14. September.

Neustettin. Nachmittags 4 Uhr öffentliche Versammlung. Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Zehdenick. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung bei Köpke. T. D.: Reklamation, „Grundstein“-Verordnung. Mit müssen erscheinen.

Dienstag, 16. September.

Cottbus. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Freysen-Krolosch. Abends 7 1/2 Uhr öffentliche Bauhandwerkerversammlung im Saale des Herrn Wied in Krolosch. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Liegnitz. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Saale „Zum goldenen Frieden“. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Mittwoch, 17. September.

Berlin. (Nachmittag). Abends 6 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den „Klein-Posten“, Kommandantenstr. 20. Zahlreicher Besuch notwendig.

Sonnabend, 20. September.

Aken. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in der „Herberge zur Heimat“. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Zentral-Krankenkasse der Maurer u. s.

Sonntag, 21. September.

Berlin. Vorm. 10 Uhr außerordentliche Versammlung im Gewerkschaftsgebäude. T. D.: Vortrag des Dr. Bernheim. Wahl der Kassastellvertreter, Kassastellvertreter.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Rier & Co. in Hamburg.